

Österreich am Abgrund: Drittes Jahr der Rezession droht!

Österreich steuert 2025 auf das dritte Jahr der Rezession zu. Wifo betont hausgemachte Krisenursachen und fordert Reformen.



Österreich, Land - Österreich steht vor einer herausfordernden wirtschaftlichen Lage, die durch eine anhaltende Rezession geprägt ist. Laut der aktuellen Konjunkturprognose von Wifo und IHS ist das Land nun im dritten Jahr der Rezession. Wifo-Chef Gabriel Felbermayr betont in einem Bericht auf **Leadersnet**, dass die Krise größtenteils hausgemacht sei und daher nachhaltige Lösungen gefordert sind.

Die Prognosen sind düster: Für 2025 wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 % von Wifo und 0,2 % von IHS erwartet. Weitere Prognosen zeigen, dass das Budgetdefizit für 2025 auf 3,3 % des BIP steigen wird und für 2026 sogar auf 3,5 %. Solche Defizite könnten zu einem EU-Defizitverfahren

führen, was den Druck auf die nationale Finanzpolitik erhöhen würde.

Ein besorgniserregendes Bild der Wirtschaft

Exporte sind um 5 % gesunken, was angesichts eines steigenden Welthandels besonders bedenklich ist. Die Industriellenvereinigung stuft diese Entwicklung als Alarmzeichen ein. Die US-Zollerhöhungen auf EU-Exportgüter sowie der Rückgang der Industrieproduktion im Euro-Raum belasten zusätzlich die Stimmung in der Wirtschaft. Umfragen unter Industrieunternehmen zeigen jedoch keine Anzeichen einer Trendwende. Die Bau- und Konsumnachfrage hingegen zeigt eine tendenziell positive Entwicklung, was kleine Lichtblicke in der ansonsten trüben Wirtschaftslandschaft darstellt.

Die Inflationsrate wird anfänglich ansteigen, prognostiziert wird jedoch ein Rückgang im weiteren Verlauf des Jahres 2025. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Situation relativ robust, jedoch wird ein Anstieg der Arbeitslosigkeit für das Jahr 2025 erwartet. Die EZB deutet in ihren **Prognosen** darauf hin, dass der Arbeitsmarkt widerstandsfähig bleibt, auch wenn die Arbeitslosenquote 2024 auf 6,7 % steigen könnte.

Wohlstand und Reformbedarf

Felbermayr warnt, dass Lohnsteigerungen und Wirtschaftsleistungen immer weiter auseinanderdriften und bald ein „Rendezvous mit der Realität“ bevorsteht. Um den wirtschaftlichen Abstieg zu stoppen, seien mutige Strukturreformen notwendig, fordert IHS-Direktor Holger Bonin. Allein staatliche Maßnahmen haben die Auswirkungen der Krise bisher weitgehend verschleiert. Daher sind Einsparungen in Höhe von 6,3 Milliarden Euro bis 2026 vorgesehen, jedoch bleibt unklar, ob dies ausreichend ist, um die Maastricht-Grenze von 3

% des BIP einzuhalten.

Die Hoffnung auf eine Erholung der Konjunktur ab Mitte 2025 bleibt bestehen, jedoch hängt diese stark von internationalen Rahmenbedingungen ab. Laut den Prognosen der EZB wird ein allmähliches Wachstum im Jahr 2024 und eine Rückkehr zu einem moderaten Wirtschaftswachstum von 1,5 % im Jahr 2025 erwartet. Die Preisdynamik soll nachlassen, was die verfügbaren Einkommen der Bevölkerung erhöhen könnte und somit der privaten Konsumnachfrage zugutekommen könnte.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Österreich sich auf ein Jahr voller Herausforderungen einstellen muss, in dem sowohl wirtschaftliche als auch politische Weichenstellungen entscheidend für die zukünftige Entwicklung sein werden. Die Bundesregierung sieht sich aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Dieser Auftrag könnte nicht nur die rechtzeitige Abwendung einer schweren Krise, sondern auch die nachhaltige Gesundung der heimischen Wirtschaft sichern.

Details	
Vorfall	Rezession
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.leadersnet.at • www.meinbezirk.at • www.ecb.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at